

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg: **Programm zur Kommunalwahl 2016**

Für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in lebenswerten Städten und Gemeinden

Die LINKE. Hersfeld-Rotenburg setzt sich ein für eine Kommunalpolitik, die ein gutes Leben für **Alle** in lebenswerten Städten und Gemeinden schafft. Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und die direkte Beteiligung der Bürger_innen sollen das Leben in unseren Kommunen bestimmen. Unser Ziel ist eine solidarische und demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens. Hier verbinden wir Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit konkreten Alternativen, welche die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist durch eine massive Zunahme sozialer Ungleichheit geprägt. Die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander: Global, in Europa, in Deutschland, in den Ländern und in den Städten und Gemeinden. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des Weltvermögens. In Deutschland verfügen zehn Prozent der Reichsten über mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens, während die Hälfte der Bevölkerung gar kein Vermögen besitzt.

Reichtum und Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. Während die Steuern für Konzerne und Reiche gesenkt worden sind, müssen immer mehr Menschen für Niedriglöhne und in prekären Verhältnissen arbeiten. Mit Hartz IV werden Erwerbslose entrechtet. Der Regelsatz reicht zum Leben nicht aus. Soziale Rechte werden abgebaut und durch Mildtätigkeit notdürftig ausgeglichen.

Gleichzeitig herrscht öffentliche Armut, der Staat wird seinen sozialen Aufgaben, dem Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge, der Infrastruktur und der Bildung immer weniger gerecht.

Diese großen gesellschaftlichen Probleme werden direkt vor unserer Haustür und in unserem Lebensumfeld deutlich....

In Hessen werden die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen und der Menschen, die dort leben, zugunsten der städtischen Metropole eingeschränkt. Wir wollen gleiche Lebenschancen in Stadt und Land und die Nachteile ländlicher Regionen durch strukturpolitische Maßnahmen gerecht ausgleichen.

Die LINKE. Hersfeld-Rotenburg engagiert sich gegen Kürzungspolitik im sozialen, kulturellen und im Bildungsbereich und gegen Privatisierungen. Wir wollen Alternativen für eine andere Politik aufzeigen und setzen uns für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ein.

DIE LINKE. Hersfeld -Rotenburg verbindet die Arbeit im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung Bad Hersfeld mit außerparlamentarischem Engagement. **So haben wir die Bürgerinitiative "bunt statt braun" mitbegründet und sind aktiv für eine Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten und gegen Rechtsextremismus, wir leisten Solidaritätsarbeit für die Amazonkollegen_innen in ihrem Kampf um Respekt und um einen für sie gültigen Tarifvertrag. Ebenso sind wir gemeinsam mit Bürgerinitiativen engagiert gegen die Werraversalzung durch Kali & Salz.**

Auch vor Ort setzen wir unser Engagement für einen grundlegenden Politikwechsel fort. Dabei gilt für uns: **DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg** beteiligt sich nicht an einer Politik, die Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt.

DIE LINKE. kämpft für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, frei von Ausbeutung des Menschen, Unterdrückung und Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben

und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. .

1. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Die Ursachen sind eine chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne sowie eine kommunalfeindliche Politik der Landesregierung. Die von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP unterstützte so genannte Schuldenbremse in der Landesverfassung wird von der Regierung in Wiesbaden zum Vorwand genommen, um Städte und Gemeinden zum Sozialabbau zu zwingen. Die so genannten Schutzschirm-Programme sind nichts anderes als eine verschärfte Variante dieser Kürzungspolitik. Die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ist ein Nullsummenspiel, das den Kommunen keine zusätzlichen finanziellen Mittel beschert wird. Es wird lediglich eine Umverteilung von Mitteln zwischen den Kommunen vorgenommen. In der Folge werden die hessischen Bürger_innen durch Erhöhungen von Gebühren (etwa in den Bereichen Kindertagesstätten, Abfall- und Friedhofsgebühren) und durch Steuererhöhungen (etwa bei der Grundsteuer B) zur Kasse gebeten. Aufgaben der Daseinsvorsorge werden einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind. Diesen sogenannten Sachzwängen werden wir uns nicht unterwerfen. Geld ist genug da. Mit einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürger_innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden.

Wir werden keinem kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen. Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigen will, muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei der der Reichtum in wenigen Händen angehäuft wird, während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen oder in die Bildung nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an einer Politik, für die kapitalhörige Parteien verantwortlich sind.

Statt einer schädlichen Schuldenbremse, vermeintlichen Rettungsschirmen und Kürzungsdiktaten müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, geschaffen werden. Die Bürger des Kreises Hersfeld-Rotenburg brauchen Vereins-, Sozial- und Kultureinrichtungen, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentlichen Nahverkehr und klimaschonende Energien, statt immer weitere Steuergeschenke für Banken, Manager und Einkommensmillionäre. Notwendig ist die Einführung einer Vermögenssteuer, deren Einnahmen direkt den Ländern und Kommunen zugutekommen, wie es bereits viele Kommunen mit dem Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ deutlich gemacht haben.

Wir fordern die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalwirtschaftssteuer.

Unmittelbar müssen überschuldete Kommunen durch den Bund und die Landesregierung entschuldet werden.

Kommunen müssen auch ein größeres Stück vom Steuerkuchen abbekommen, um nicht länger nur den Mangel zu verwalten. Um der kommunalen Schuldenfalle zu entrinnen und Städten und Gemeinden wieder Handlungsspielräume zu geben, damit sie ihre öffentlichen Aufgaben gut erfüllen können, wollen wir eine umfassende Gemeindefinanzreform.

2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden.

Immer mehr Aufgaben und Lasten werden vom Bund und dem Land auf die Kommunen abgewälzt, gleichzeitig ist der politische Einfluss ihnen gegenüber gering. Wir wollen, dass der Bundestag und der Landtag verbindliche Mitwirkungsrechte der Kommunen bei der Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen beschließen.

Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen:

Deshalb fordert **DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg**:

- Die Erweiterung der Angebote des Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Büchereien, Bädern, Museen und kostenlose Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln gewährt.
- Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Beihilfen zu besonderen Anlässen, zum Beispiel Weihnachten und bei Einschulungen, gewährt werden.
- Zudem sollen alle Versorgungsbetriebe mit Hilfe von Sozialtarifen eine soziale und ökologische Preisgestaltung einführen.
- Unterlassung jeglicher Diskriminierung und Diffamierung der erwerbslosen und armen Menschen, insbesondere Schikanen durch Behörden und Einrichtungen.

Für **DIE LINKE** bleibt es dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft.

Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der Kommune, etwa im Bereich der Jobcenter, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten.

- Wir setzen uns für die **tatsächliche** Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) ein.

Städte, Gemeinden und Landkreise sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierten Beschäftigungspolitik tariflich bezahlte und existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in prekäre Beschäftigung verhindern. Hierzu ist eine aktive und einfallreiche wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden erforderlich und geboten. Kommunale Arbeitsmarktpolitik darf nicht in einem Dumpingwettbewerb scheinbar kapitalkräftiger Firmen auf die eigene Gemarkung locken und damit andere Kommunen schädigen.

Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die heimische Wirtschaft stärken, sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten. Die geringen, aber bislang vorhandenen Möglichkeiten sollten von den Kommunen genutzt werden.

Wir brauchen in den Kommunen eine intensive soziale Betreuung, mehr Jugendsozialarbeit und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen. Die gemeinnützige, soziale und kulturelle Arbeit von Einrichtungen und Vereinen bereichert in den Städten und Gemeinden das gemeinsame Miteinander und muss ausreichend finanziell unterstützt werden. Wir wollen ein wohnortnahes medizinisches Angebot sowie eine flächendeckende Hebammenversorgung. Rückgrat einer solchen gesundheitlichen Versorgung sind öffentlich kommunale

Krankenhäuser, die ausreichend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, damit Medizin nicht zu einer Ware degradiert wird. Auf dem Lande kommt es zunehmend zu einer ärztlichen Unterversorgung. Weite Wege und lange Wartezeiten sind die Folgen. Inzwischen locken und konkurrieren die Gemeinden um Ärzte, die bereit sind, auf dem Land eine Praxis zu führen. Wir treten dafür ein, dass bei einer ärztlichen Unterversorgung kommunale Krankenhäuser vor Ort mit angestellten Ärzten die ambulante Betreuung vorübergehend übernehmen.

Drogenpolitisch vertreten wir ein Konzept der Entkriminalisierung und der Stärkung von Präventionsangeboten. Auf kommunaler Ebene sind Präventions-, Beratungs- und Therapieangebote, Drogenkonsumräume, bessere ortsnahe Substitutionsbehandlung mit Methadon und Diamorphin, sowie legale Cannabis-Abgabemodelle erforderlich.

3. Öffentliche Daseinsvorsorge unter demokratischer Kontrolle

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt **DIE LINKE.** grundsätzlich ab. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen.

Die „Freihandelsabkommen“ TTIP, CETA und TISA kennen kaum Ausnahmen der Bereiche, die privatisiert werden sollen. Rekommunalisierungen vormals privatisierter Bereiche werden nahezu unmöglich. **DIE LINKE.** sagt Nein zu dieser weiteren Liberalisierung des Freihandels zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge in unseren Kommunen.

Privatisierungen haben gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Beschäftigten sich verschlechtern.

Das wieder wachsende Interesse von Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten (PPP) lehnen wir ab. Diese Projekte sollen Investoren profitable Anlagemöglichkeiten eröffnen und sind für die Kommunen im Endeffekt teurer als kommunale Lösungen, wie prominente Beispiele der geplanten, aber am Ende nicht durchgeführten Brückensanierungen in Frankfurt oder der Schulsanierung im Landkreis Offenbach in den vergangenen Jahren bereits belegen.

Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift, stellen sich gleiche negative Folgen ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich. Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle und Rücknahme der Kommerzialisierung notwendig. Deshalb fordert **DIE LINKE.** eine Rückführung privatisierter Einrichtungen in kommunale Eigenbetriebe. Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen müssen von den kommunalen Gremien kontrolliert werden können.

Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger_innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen müssen sichergestellt werden.

4. Entwicklung des ländlichen Raums

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg fordert strukturpolitische Maßnahmen für unsere ländliche Region.

Denn während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich bei uns ganz andere Probleme: **die Bevölkerungszahl sinkt, der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur ist in Gefahr, ebenso der ÖPNV.**

Ämter und Behörden werden vor Ort geschlossen (Amtsgericht Rotenburg, Arbeitsgericht Bad Hersfeld) oder zentralisiert und nur noch als Nebenstelle weitergeführt (Agentur für Arbeit, Bad Hersfeld), die Gesundheitsversorgung in den Dörfern wird immer problematischer, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gehen verloren. Junge Leute verlassen die Gemeinden und ziehen in die Zentren. All diesen negativen Entwicklungen kann nur mit einer aktiven Strukturpolitik entgegen gesteuert werden.

Die LINKE. Hersfeld-Rotenburg tritt ein:

- Für den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Für den Erhalt und die Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze.
- Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum, insbesondere für Familien, ärmere Mitbürger_innen und Flüchtlinge; der Bestand der Sozialwohnungen darf nicht weiter reduziert werden, bei Bedarf müssen neue Sozialwohnungen gebaut werden. Kein Verkauf kommunaler Wohnungen.
- Für den Erhalt der bestehenden Schulen, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen.
- Das Klinikum Bad Hersfeld muss in öffentlicher Hand bleiben und finanziell ausreichend ausgestattet sein. Wir treten für die Übernahme des HKZs in Rotenburg in die öffentliche Hand ein, damit eine gesundheitliche Daseinsfürsorge für alle Einwohner des Kreises gesichert wird, die nicht dem Profitinteresse privater Krankenhausbetreiber ausgesetzt ist.
- Für eine verbindliche Mindestbemessung der Stellenpläne in den Krankenhäusern, damit nicht Kostendämpfungsprogramme auf dem Rücken des Pflegepersonals ausgetragen werden und eine gute Betreuung der Patienten gewährleistet ist.
- Für eine wohnungsnaher Gesundheitsversorgung in den Dörfern; der Bestand der ärztlichen Praxen in den Dörfern muss erhalten bleiben und die Eröffnung neuer Praxen durch junge Ärzte gefördert werden.
- Für den Erhalt der bestehenden Behörden und Verwaltungen und gegen deren Abzug nach außerhalb (z. B. Fulda, Hünfeld).
- Für die Schaffung schneller Internetanschlüsse als „Teil der Daseinsvorsorge“, der Chancengleichheit und der Entwicklung ländlicher Räume.
- Für die Anerkennung von internetfähigen Endgeräten als Teil des soziokulturellen Existenzminimums.
- Für die Ansiedlung von Lebensmittelläden in Dörfern als Treffpunkt für dörfliches Leben, auch durch solidarisch Ökonomie (Genossenschaften) unter Bürgerbeteiligung.
- Für die Förderung einer ökologischen Landwirtschaft ohne Massentierhaltung und Gentechnik und die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte.
- Für den Ausbau wohnortnaher/regionaler ökologischer Energieerzeugung unter kommunaler Regie bzw. in Bürgerhand.
- Für die Förderung und Ausbau des Tourismus.

5. Sozial-ökologische Verkehrspolitik

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen. Die bestehenden öffentlichen Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue Konzepte öffentlicher Mobilität entwickelt werden. Grundsätzlich ist dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen. Letzterer führt zu immensen Belastungen der Umwelt und der Menschen durch Feinstaub und Lärm. Die ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere einkommensschwache Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, weil die Fahrpreise nicht bezahlbar oder im ländlichen Bereich die öffentlichen Nahverkehrssysteme nur unzureichend vorhanden sind.

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg

- setzt sich grundsätzlich für die Einführung eines Null-Tarifs im öffentlichen Nahverkehr ein;
- fordert, bei der Erweiterung des Sozialpass die kostenfreie Teilnahme am Nahverkehr von Menschen, die HARTZ IV oder Grundsicherung beziehen, zu ermöglichen;
- will, dass die Schülerbeförderung bis zur 13. Klasse und für Fahrten zur Berufsschule kostenfrei angeboten wird;
- fordert zudem eine deutliche finanzielle Unterstützung eines Systems von Anrufsammeltaxen (AST), Rufbussen und den Aufbau von Car-Sharing-Netzen. Integrierte Verkehrskonzepte, und Leihradsysteme gehören ebenfalls gefördert;
- Das Radwegenetz muss in den Städten aber auch über Land ausgebaut werden.

6. Für eine qualifizierte Betreuung in Kitas, eine Schule für alle und die Teilhabe aller an Sport und Kultur

DIE LINKE steht für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich **DIE LINKE** für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Diese sind personell und sachlich so auszustatten, dass an ihnen inklusiver Unterricht stattfinden kann.

Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes Essen aus biologischem und regionalem Anbau muss zum Standard jeder Schule und jeder Kindertagesstätte gehören.

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg setzt sich dafür ein, dass:

- eine ausreichende Anzahl von Spielplätzen entsprechend der kindlichen Altersstruktur bedarfsgerecht angeboten wird und dass dazu ein kommunaler Spielplatzentwicklungsplan zu erarbeiten ist;
- durch die Finanzierung des Landes Möglichkeiten geschaffen werden, die Kindergärten/-tagesstätten grundsätzlich gebührenfrei besuchen zu

können;

- die Kindertagesstätten mit einem wesentlich besseren Personalschlüssel und ausschließlich Fachpersonal ausgestattet werden;
- die Ausbildung und die Bezahlung von Erzieher_innen angehoben und die Fortbildung verbessert werden;
- den Kindern in Kitas ein kostenfreies, gesundes und ausgewogenes Mittagessen angeboten wird;
- ein Angebot von Deutschkursen ab KITA-Alter flächendeckend für alle Kinder bereitgestellt wird, die der Förderung bedürfen;
- Jugendräume, Jugendklubs und Betreuungsangebote für unsere Kinder und Jugendlichen ausgebaut und dauerhaft finanziert werden und dazu die Jugendpauschale des Landes ausgebaut wird;
- die Schulsozialarbeit ausgeweitet wird;
- der Unterricht mit Lehrkräften, die Fremdsprachenkenntnisse haben, verstärkt angeboten wird.

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg fordert eine lebendige Demokratie durch freien Zugang zu Kultur und Bildung, indem

- kulturelle Bildung sowohl an schulischen als auch an außerschulischen Orten stattfindet;
- kulturelle Einrichtungen und Initiativen nicht nur Kulturanbieter sind, sondern zugleich Lernorte für Demokratie und interkulturellen Dialog zur Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz;
- Festspiele, Theater, Bibliotheken, Museen, Musik- und Kunstschulen, Denkmale und andere soziokulturelle Orte für alle erschwinglicher Bestandteil der Lebensqualität sind. Die Aufwendungen für kulturelle Einrichtungen, insbesondere die Festspiele, sind transparent zu machen und auf den Prüfstand zu stellen. Keine – wie auch immer geartete - Ausgliederung der Festspiele, dies kommt einer Selbstamputation der Stadtparlamentes gleich;
- Kinder das Recht haben, öffentlich geförderte Kultureinrichtungen kostenfrei zu nutzen;
- die Schulnetzkonzeptionen des Landkreises unter Beteiligung der Betroffenen und aller Schulträger zu erstellen und abzustimmen sind.
- Insbesondere für Kinder und Jugendliche sind Sport und Freizeit ein wesentliches Element zum Erwerb sozialer Kompetenz.

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg hält es für notwendig, dass

- Freizeit- und Sportstätten für den Breiten- und Wettkampfsport sowie

als Spiel- und Bewegungsräume im Wohnumfeld in Kooperation mit den Kommunen vorbereitet, gefördert und genutzt werden;

- die zukunftsorientierte Sport- und Freizeitentwicklung in die Gemeinde- und Stadtplanung fest eingebunden wird;
- ehrenamtliches Engagement deutlich besser gefördert wird;
- eine Verbindung zwischen den Vereinen und Verbänden sowie Schul-, Jugend-, Gesundheits- und Sozialpolitik hergestellt wird.

7. Für eine sozial-ökologische ortsnahe Energiepolitik, für Klima- und Umweltschutz

Die Energieversorgung ist wie die Wasserver- und -entsorgung eine öffentliche Aufgabe und muss auch eine solche bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und dürfen nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Die Bürger_innen brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atomkraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben. Die kapitalistische Produktionsweise in ihrem Wachstumszwang erschließt und vernutzt die Ressourcen der Erde und belastet die Lebensgrundlagen der Menschen.

DIE LINKE. unterstützt lokale Energie- und Umweltprojekte zur Verbesserung der ökologischen Lebensbedingungen und für den Ausbau lokaler erneuerbarer Energieerzeugung. Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs ist Basis einer sozialökologischen Klima- und Umweltpolitik. Wir wollen gemeinsam mit lokalen Gruppen fortschrittliche und zukunftsorientierte Energiekonzepte politisch durchsetzen. Um in den Kommunen zu mehr Energieeffizienz beitragen zu können, sollen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen kostenlose Energieberatungsstellen eingerichtet werden.

Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen. Entsprechende Festlegungen sollen nach Auffassung der **LINKEN** in die kommunalen baurechtlichen Festlegungen für private und gewerbliche Baugebiete Eingang finden.

Zudem sollen die Städte und Gemeinden in ihrem eigenen Verantwortungsbereich mit gutem Beispiel bei der Energieeinsparung vorangehen.

Die LINKE. Hersfeld-Rotenburg vertritt den Grundsatz:

- Strom-, Gas-, Wasserversorgung und Entsorgung gehören als Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und dürfen nicht privatisiert werden. Sie sind von den Stadtwerken als kommunale Eigenbetriebe zu führen.
- Bei der lokalen Energieerzeugung unterstützen wir zudem genossenschaftlich organisierte Projekte.
- Wir treten für sozial gestaffelte Tarife ein, damit für alle die Energieversorgung bezahlbar bleibt.
- Strom oder Gasabschaltungen müssen unterbleiben.

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg unterstützt alle gemeinwirtschaftlichen regionalen und kommunalen Projekte zur ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Wind- und Wasserkraft.

In Hessen bildet der Ausbau der Windkraftanlagen eine Säule der notwendigen Energiewende. Wir unterstützen den Ausbau der Windkraftnutzung in kommunaler oder Bürgerhand.

Die derzeit geplanten Starkstromtrassen vom Norden quer durch die Republik behindern, anders als vorgegeben wird, eine vernünftige dezentral organisierte Energiewende. Deshalb wird **Die LINKE.** diese Vorhaben nicht unterstützen.

Kalibergbau

Eine Kaliproduktion mit einer wesentlich geringeren Umweltbelastung ist möglich. Wir setzen uns dafür ein:

- Stopp der Einleitungen in die Werra und Stopp der Laugenversenkung;
- Rückzahlungsverpflichtung durch die K+S AG von staatlichen Geldern wegen Verstoßes gegen das Werra-Entsalzungsabkommen;
- Einrichtung einer öffentlich kontrollierten Stiftung, in die Anteile aus den Profiten eingezahlt werden müssen, um spätere Umweltschäden aus dem Kalibergbau zu beseitigen;
- Verfüllung der Halden in die Bergbau-Strecken unter Berücksichtigung der Grundwassergefährdung;
- Nutzung der Haldenmaterialien, die lediglich wegen der zu geringen Profite an der Verwertung aufgetürmt werden.
- Umfassende Information der Öffentlichkeit über die Giftmülldeponie in Herfa. Die Zustände der Atommülldeponie Asse werfen zumindest Zweifel auf über die Sicherheit von Salzstöcken.

8. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner_innen

DIE LINKE. Hersfeld-Rotenburg steht für eine gesellschaftliche Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner. Neben und innerhalb der Gruppe der wirtschaftlich Schwachen sind viele MigrantInnen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. **DIE LINKE.** arbeitet mit den Migrantinnen und Migranten zusammen und kämpft für ihre Einbeziehung in die kommunalen Entscheidungsprozesse bis hin zum kommunalen Wahlrecht für alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen.

Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Das ist ein Menschenrecht, welches nicht unter den Vorbehalt des Besitzes eines bestimmten Reisepasses gestellt werden darf. So lange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht schafft,

- müssen die Ausländerbeiräte aufgewertet und auch andere Wege der örtlichen Mitwirkung für Migrantinnen und Migranten geschaffen werden

Auch die Ideen und die Mitbestimmung junger Hessinnen und Hessen sind eine Bereicherung für die Demokratie! **DIE LINKE** fordert deshalb das kommunale Wahlrecht für alle - unabhängig ihrer Herkunft - ab dem 16. Lebensjahr.

Wir fordern gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner_innen durch das Menschenrecht Inklusion. Es bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden darf. Wir fordern kommunale Aktionspläne und Handlungskonzepte, um Inklusion entsprechend der „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung“ auf kommunaler Ebene zu verwirklichen.

Die hessischen Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, selbstbestimmte Strukturen von Menschen mit Behinderung zu fördern. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Beratung von und für Menschen mit Behinderungen zu. Diese muss so organisiert sein, dass nicht die wirtschaftlichen Interessen der Kommune, sondern der Mensch mit seiner Behinderung im Mittelpunkt der Beratung steht.

Zentrale Aufgabe linker Kommunalpolitik ist die barrierefreie Umgestaltung der Kommune. Barrierefreie Baumaßnahmen dürfen daher niemals mit dem Hinweis auf „unverhältnismäßige Mehraufwendungen“ unterbleiben. Lokale Projekte zur Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderung müssen bewusst auf Menschen mit und ohne Behinderung ausgelegt werden.

9. Geflüchtete willkommen heißen

Die Aufnahme von Menschen in Not ist ein humanitäres Gebot für **DIE LINKE**. Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Armut, Hunger, Ausbeutung, Klimafolgen, Krieg und Vielem mehr. Die Europäische Union, die mit ihrer Politik eine Verantwortung für diese Probleme trägt, schottet sich rigoros ab. Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden.

Wir treten für eine würdige Aufnahme von Schutzsuchenden in unseren Städten und Gemeinden ein. „Refugees welcome!“ ist für uns der Leitfaden der Willkommenskultur. Wir wollen eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in unsere Städte und Gemeinden. Dazu gehört, dass die Flüchtlinge und ihre Familien grundsätzlich rasch in Wohnungen untergebracht werden. Sammelunterkünfte lehnen wir ab. Eine ausreichende medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuung sind ebenso sicherzustellen wie eine unabhängige juristische Beratung. Die medizinische Versorgung darf durch das Asylbewerberleistungsgesetz nicht länger eingeschränkt werden. Alle Flüchtlinge erhalten eine Gesundheitskarte, die den direkten Weg zu einer medizinischen Behandlung eröffnet. Beratungseinrichtungen müssen ausgeweitet und finanziert werden. Es muss einfache Zugänge zur Kindergartenbetreuung, dem Schulbesuch, der beruflichen Ausbildung und Arbeitsaufnahme geben.

Neben der Umsetzung der Schulpflicht und die Teilnahme an Sprachkursen ist der Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen zu gewährleisten. Wir begrüßen das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten. Dies muss weiter gefördert und unterstützt werden. Das Land muss die notwendigen finanziellen Mittel für die Aufnahme von Geflüchteten bereitstellen. Diese Kosten dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.

10. Kampf gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus und für Kommunen für den Frieden

Antisemitismus, Antiziganismus und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschenwürdiges Zusammenleben. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten im gesellschaftlichen Leben,

insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden, treten wir entschieden entgegen.

Wir sind entschieden gegen jegliche Form von Rassismus, auch gegenüber Sinti und Roma!

Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen der allgemeinen Gesetze und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen rassistischer und faschistischer Organisationen gegen Gotteshäuser.

Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Hetze.

Um bestehende rechtsextremistische Strukturen in unserem Landkreis zu bekämpfen und ihr Erstarken zu verhindern, bedarf es der Aufmerksamkeit und Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte.

Die Linke. Hersfeld-Rotenburg setzt sich dafür ein, dass die Kommunen ihre Möglichkeiten, dem Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten, voll ausschöpfen.

Die Kommunen sollen insbesondere:

- Naziveranstaltungen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen;
- die Vermietung kommunaler Räume an neofaschistische Organisationen nicht zulassen;
- die Finanzierung antifaschistischer Projekte, (Beratung gegen Rechtsextremismus und Angebote für Aussteiger) sichern.

Der Staat muss rechtsextremistische Straftaten konsequent verfolgen.

Wir unterstützen ausdrücklich die Aktivitäten des Bündnisses "bunt statt braun". Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kulturinitiativen, wie das IKUZ und der Ausländerbeirat, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden.

Wir setzen uns für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit vor Ort ein.

DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Wir stehen gegen die Rüstungsindustrie und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune. Die Werbung für die Bundeswehr und deren Auslandseinsätze hat in Schulen, Arbeitsagenturen, Jobcentern und bei Hessentagen nichts zu suchen.

Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik.

11. Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden

Auch nach der Novellierung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung Anfang 2011 sind die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort völlig unzureichend. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin kein Petitions- oder Antragsrecht für ihre Bürger_innen. **DIE LINKE.** tritt für eine deutliche Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch die kommunalen Mandatsträger_innen sollen mehr Kontrollrechte gegenüber den Magistraten und Kreisausschüssen sowie den kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch die weitestgehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln.

DIE LINKE. setzt sich für echte Bürgerhaushalte ein! Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Spardiktaten mitverantwortlich zu machen. Es ist daher unabdingbar, dass den Menschen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte Informationen zur Verfügung stehen und die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind, dem Votum der Menschen zu folgen.

Wir fordern eine Bürgerfragestunde vor jeder Sitzung des Stadtparlamentes.

Das zunehmende – und unterstützenswerte - ehrenamtliche Engagement in den Kommunen darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen. Ehrenamtlichkeit darf keine Arbeitsplätze ersetzen, sie benötigt hauptamtliche Strukturen um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

Mitmachen!

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, aktiv für eine bessere Zukunft einzutreten und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Die Linke. Hersfeld-Rotenburg

Dippelstraße 8a
36251 Bad Hersfeld

Tel.: 06621 - 7094670

Fax: 06621 - 7094669

Mobil: 015231950984

info@die-linke-hef-rof.de

<http://www.die-linke-hef-rof.de/>